

Preis für genossenschaftliche Innovation

Landwirtschaft ist Motor für innovativen Lebensmittelsektor

Zu Beginn des Internationalen Jahres der Genossenschaften 2012 wiesen Europas Landwirtschafts- und Genossenschaftsverbände in Brüssel auf die bedeutende Rolle landwirtschaftlicher Genossenschaften im Markt und ihre zentrale Rolle bei der Verwirklichung der EU-2020-Strategie hin.



Genossenschaften helfen, Landwirte gegen Risiken abzusichern, betonte Copa Cogeca Generalsekretär Pekka Pesonen. Foto: Copa Cogeca

Rund vierzig Millionen Menschen sind im Agrar-Lebensmittelsektor der Europäischen Union beschäftigt. Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz von Copa (Vereinigung der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) und Cogeca (Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Europäischen Union) betonte der gemeinsame Generalsekretär Pekka Pesonen, dass „landwirtschaftliche Genossenschaften der Motor für die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, innovativen Agrar-Lebensmittelsektors in der EU sind. Sie versetzen Landwirte in die Lage, ihre Kräfte für die Vermarktung ihrer Erzeugnisse zu bündeln und den Produkten einen Mehrwert zu verleihen. Sie helfen, die Landwirte gegen Risiken abzusichern und sie tragen dazu bei, die Produktentwicklung durch Forschung und Innovation zu gewährleisten.“ Pesonen führte den Obst- und Gemüsektor als Beispiel an, in dem das Angebot starken saisonalen Schwankungen unterliege und wo Genossenschaften eine grundlegende Rolle für das Marktgleichgewicht spielen würden.

„Da die Landwirte derzeit nur einen Bruchteil jedes Euros erhalten, den die Verbraucher zahlen, ist es wichtiger denn je, das Angebot über die Entwicklung von Genossenschaften weiter zu konzentrieren, damit sie einen besseren Erlös über den Markt erwirtschaften können. Dies ist mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftskrise und die weltweit steigende Lebensmittelnachfrage, die bis 2050 um sieben Prozent steigen dürfte, zentral“, erklärte Pesonen.



Die Landwirtschaft kann über die Entwicklung von Genossenschaften gestärkt werden.

Deshalb müsse sichergestellt werden, dass im Rahmen der EU-Politik noch viel mehr zur Stärkung der Rolle der Genossenschaften geschieht. Erste Anzeichen dafür erkennt Pesonen bereits bei der EU-Kommission, die in ihren Vorschlägen zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit Plänen zur Stärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgewartet habe. „Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sind der Überzeugung, dass der Mehrwert, den die Genossenschaften in diesen Sektoren bereits erbracht haben, auf dem Markt mehr Anerkennung finden muss“, so Pesonen.

„Im Internationalen Jahr der Genossenschaften 2012 werden wir neue Initiativen anstoßen und unsere Anstrengungen zur Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften verstärken. Gemeinsam mit anderen Beteiligten werden wir Veranstaltungen wie die Woche der Genossenschaften im April organisieren. Des Weiteren wird Cogeca im Juni den Europäischen Preis für genossenschaftliche Innovation verleihen“, warf Pesonen einen Blick in die Zukunft. Projekte könnten beispielsweise eine bessere Verpackung, einen besseren Vertrieb oder die Verbesserung der Haltbarkeit von Produkten oder des Nährstoffgehalts umfassen.

Weitere Informationen zur Cogeca, bei der auch der Österreichische Raiffeisenverband Mitglied ist, erhalten Sie im Internet unter www.copa-cogeca.eu.



Europa ist alles andere als in der Versenkung verschwunden. Gefragt sind neue Ideen, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Ex-Vizekanzler Josef Riegler plädierte dieser Tage in Wien für die Umgestaltung der Europäischen Union in einen Bundesstaat.

Josef Riegler spricht sich für Schaffung eines Bundesstaates Europa aus

„Merkozy“-Fiskalpaket ist Notlösung

Angesichts der EU-Krise sieht Ex-Vizekanzler Josef Riegler die Chance für einen tiefgreifenden politischen Neubeginn gekommen. „Anstatt am Lissabon-Vertrag weiterzuflicken, sollten wir den Boden für ein entscheidungsfähiges, demokratisches und starkes Europa bereiten“, sagte er dieser Tage bei einem Vortrag in der Diplomatischen Akademie in Wien.

Die Ereignisse vor und während des EU-Gipfels im Dezember 2011 hätten klar gezeigt, „dass die EU der 27 nicht in der Lage ist, angesichts der neu entstehenden Machtzentren und dem aggressiven Agieren der Finanzmärkte rasch und entschlossen genug handeln zu können“, erklärte der Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums Europa.

Von „der Unhaltbarkeit der derzeitigen Situation“ zeuge auch das von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy durchgesetzte Fiskalpaket.

Die Staatsfinanzierung ist zu wichtig, um sie den manisch-depressiven Finanzmärkten zu überlassen.“

Josef Riegler
Ex-Vizekanzler

Dieses sei eine „Notlösung“, bei der die zuständige EU-Kommission „ausgeschaltet“ wurde und die auf Basis zwischenstaatlicher Verträge zustande gekommen sei. Daher würden sich auch die Stimmen jener EU-Abgeordneten mehr, die eine politische Umgestaltung der Europäischen Union, einen Bundesstaat Europa, befürworten.

Nachdem „im Laufe des Jahres 2012 institutionelle Veränderungen erfolgen müssen, die die Währungsunion durch eine Fiskalunion ergänzen“, schlage die zivilgesellschaftliche Organisation Nova Europa, deren Präsidiumsmitglied Riegler ist, vor, dass die Eurostaaten einen Vertrag über die Gründung einer Europäischen Föderation mit dem Ziel der Bildung einer Wirtschaftsregierung abschließen. „Lösungsvorschläge, die die realen Machtverhältnisse nicht berücksichtigen, haben dabei jedoch keine Chance“, räumte Riegler ein.

Bedrängte brauchen Solidarität

Daher müssten Merkel und Sarkozy fix in der Wirtschaftsregierung vertreten sein, ergänzt um einen weiteren Regierungschef, der aus dem Kreis der Euro-Staaten gewählt wird, sowie vier Fachministern, die von einer Staatenkammer nach dem Muster des deutschen Bundesrates bestimmt werden. Der Föderation sollten alle Euro-Staaten angehören, „denn gerade die Bedrängten brauchen unsere Solidarität, betonte Riegler. Jene, die nicht bereit seien, Souveränität abzugeben, müssten die Eurozone verlassen.“

Die Gründung der Föderation sei jedoch „nur ein erster Schritt“. Ziel müsse es sein, bis zum Jahr 2020 eine Verfassung für eine Republik Europa nach dem Modell der klassischen Gewaltentren-

nung auszuarbeiten.

Die heutige EU der 27 steuere dreißig Prozent zur Weltwirtschaft bei und sei damit die weltweit größte Wirtschaftsmacht. Allerdings würden neben den USA, auch Länder wie China, Russland, Brasilien an Bedeutung gewinnen, weshalb Europa seine Position stärken müsse.

Gestärkt aus der Krise hervorgehen

„Nützt Europa sein Potenzial, hat es die Chance, aus der Krise gestärkt hervorzugehen und eine gestaltende Kraft im Konzert der Weltmächte zu werden“, unterstreicht der Ex-Vizekanzler. Dies sei auch insofern wichtig, als dass nur ein starkes Europa dazu beitragen könne, dass eine neue globale Wirtschaftsordnung entsteht, die dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft gehorcht.

Der ehemalige ÖVP-Parteiman appellierte außer-

dem an die deutsche Politik „ihren Widerstand gegen ein massives Eingreifen der Europäischen Zentralbank in den Markt für Staatsanleihen aufzugeben. „Die Staatsfinanzierung ist zu wichtig, um sie den manisch-depressiven privaten Finanzmärkten zu überlassen“, mahnte er.

Angst vor Hyperinflation unbegründet

„Kaufen die Notenbanken Staatsanleihen, ersetzen sie nur die Nachfrage privater Banken, Versicherungen und Fonds“, erklärte Nova Europa-Obmann Karl Koller. Die dadurch erhöhte Zentralbankgeldmenge könne dem Geldmarkt jedoch wieder entzogen und die Interventionen damit sterilisiert werden. „Die Angst, mit dem Ankauf von Staatsanleihen eine Hyperinflation auszulösen, erweist sich somit als unbegründet“, betonte er.

pak



Ex-Vizekanzler Josef Riegler plädierte in der Diplomatischen Akademie in Wien dafür, nicht am „Flickwerk“ des Lissabon-Vertrages weiterzubasteln, sondern den Boden für ein neues starkes Europa zu bereiten.